

## **Union drängt auf bessere Außengrenzschutz im Asyl-Dialog nach Attentat**

Die Union fordert verstärkte Zurückweisungen an der Außengrenze, um die Migrationskrise zu bewältigen. Abschiebungen allein reichen nicht.

In der aktuellen Diskussion um Migration und Grenzen zeigt sich ein intensives Ringen um die richtige Strategie. Die Unionsfraktion zieht hierbei klare Linien: Der Schutz der Außengrenzen muss Vorrang haben, um eine nachhaltige Lösung für die anhaltende Migrationskrise zu finden. Thorsten Frei, der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, betont: „Mit Abschiebungen werden wir die anhaltende Migrationskrise niemals lösen. Wir müssen endlich am Beginn des Prozesses ansetzen und das heißt: Zurückweisungen an der Außengrenze.“ Diese Aussage unterstreicht den Glauben innerhalb der Union, dass präventive Maßnahmen an den Grenzen entscheidend sind, bevor man weitere Schritte unternimmt.

Jüngste Ereignisse, wie der islamistisch motivierte Messeranschlag von Solingen, haben die Diskussion um Migration und wie Deutschland damit umgeht, neu entfacht. Bundeskanzler Olaf Scholz kündigte Gespräche mit den Ländern und der Union an, um mögliche Konsequenzen aus dem Vorfall zu erörtern. Diese Gespräche sind für die kommende Woche angesetzt und sollen auch unter Einbeziehung eines neuen Maßnahmenpakets stattfinden, das unter anderem Leistungstreichungen für Flüchtlinge vorsieht, die bereits in anderen EU-Ländern registriert sind.

## **Debatten um neue Maßnahmen**

Der hessische Ministerpräsident Boris Rhein kritisierte das von der Ampelregierung vorgestellte Maßnahmenpaket scharf. Er bezeichnete es als unzureichend und nannte es ein „Herumdoktern an den Symptomen“. Seine Aussage deutet auf eine Frustration hin, dass trotz der ergriffenen Maßnahmen die grundlegende Frage, wie man die Zahl der Migranten im Land reduzieren kann, nicht adressiert wird. Diese Skepsis ist in politischen Kreisen weit verbreitet, wie auch Joachim Herrmann, der Innenminister von Bayern, bestätigt, der die Vorschläge als nicht effektiv genug beschreibt.

Frei ergänzte außerdem, dass die geplanten Kürzungen für Dublin-Flüchtlinge kaum Wirkung zeigen würden. „Diese Kürzungen betreffen weit weniger Fälle, als mitunter zu lesen ist“, stellt er klar und weist darauf hin, dass die betroffenen anderen EU-Länder häufig keine Zustimmung zur Rücküberstellung erteilen werden. Diese Analysen werfen Fragen zu der Realisierbarkeit der Maßnahmen auf und zeigen ein komplexes Bild der aktuellen Migrationspolitik.

## **Reaktionen auf Abschiebungen**

Ein weiterer Aspekt, der in der Debatte zunehmend ins Blickfeld rückt, ist die jüngste Abschiebung von Afghanen in ihr Heimatland. Zum ersten Mal seit der Machtübernahme der Taliban wurden diese Abschiebungen vollzogen, wobei im Fokus 28 Straftäter standen. Innenministerin Nancy Faeser hebt hervor, dass darunter auch Sexualstraftäter und gewaltbereite Kriminelle waren. Der Bündnispartner der Ampelregierung, die Grünen, üben jedoch vehemente Kritik an den Vorschlägen der Union. Ihr Fraktionsvize Konstantin von Notz wirft der Union vor, unrealistische Vorschläge zu machen und damit den Menschen falsche Hoffnungen zu bieten.

Die politischen Auseinandersetzungen zeigen, wie gespalten die Auffassungen über den Umgang mit Migration und Sicherheit in

Deutschland sind. Während die Union auf verschärfte Maßnahmen und verstärkten Grenzschutz drängt, sehen andere Akteure in der Herangehensweise ein gefährliches Spiel mit dem internationalen Recht. Die Vertrauenskrise und die Unsicherheit in der Migrationspolitik stehen im Raum und erfordern eine klarere Haltung sowie effektive Lösungen.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**